

I Politische Parteien: Konzeptionalisierung und Erklärungsansätze

1. Theoretische Aspekte der Parteienforschung im Osteuropa-Kontext

Die Systemwechsel in Osteuropa haben der Parteienforschung einen unerwarteten Aufschwung, viele interessante Impulse und eine Flut neuer Literatur beschert. Diese Faszination kann man unter anderem damit erklären, dass die Parteien in den Phasen des Systemwechsels und der demokratischen Konsolidierung eine zentrale Rolle spielten. Den osteuropäischen Parteien wird bescheinigt, dass sie sich als besonders bedeutsam für die Transformations- bzw. Transitionsprozesse erwiesen haben und dass die Konsolidierung der Parteiensysteme eine wichtige Voraussetzung für die Konsolidierung der neuen Demokratien insgesamt darstellte (Beyme 1997a: 23-56, Mainwaring 1998: 67-81, Merkel 1997a). Dabei ist für die Frage der demokratischen Konsolidierung von Bedeutung, dass der Zusammenhang zwischen politischen Alternativen im Parteiensystem und politischer Mobilisierung auch für die neuen Demokratien gilt (Fuchs/Roller/Weßels 2002b: 17).

Der politische Wettbewerb beruht in Osteuropa, wie auch in den älteren europäischen Demokratien, auf der erfolgreichen Mobilisierung sozialer Konfliktlinien (Eith 2001b: 327ff). Dabei kommt Parteien eine gewichtige Rolle, sowohl bei der Interessenaggregation als auch im politischen Entscheidungsprozess, zu. Die Frage nach der Stabilität demokratischer Systeme beinhaltet zudem immer auch die Frage nach der adäquaten Repräsentanz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen. Es bleibt festzuhalten, dass das Zusammenspiel von sozioökonomischen Strukturen und politischer Führung den politischen Wettbewerb in den verschiedenen demokratischen Parteiensystemen im westeuropäischen und auch im osteuropäischen Raum auf je eigene Weise prägt. Zudem bestimmen auch Genese und Charakteristika des entsprechenden politischen Systems, mit welchen Themen und in welchen Formen politische Parteien den Interessen und Bedürfnissen ihrer Wählerschaft gerecht werden können (Eith 2001a: 28).

Demokratie lebt von der Spannung zwischen Konsens und Konflikt, zwischen Repräsentativität und Regierbarkeit, zwischen Partizipation und Effektivität (Diamond 1990: 48-60). In nichtkonsolidierten Demokratien bestehen diese Spannungen in erhöhtem Maße. Es hängt auch und gerade von der Handlungs-, Konflikt- und Konsensfähigkeit der politischen Parteien ab, ob eine Konsolidierung der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates gelingt (Stöß/Segert 1997: 427). Mit Blick auf die EU wird ihre Politik und die ihrer Institutionen die weitere Gestaltung der EU in den nächsten Jahren sowie die Zukunft Europas durch den Erweiterungsprozess der EU in hohem Maße bestimmen. Mit der Aufnahme der neuen Demokratien wird sich auch der Charakter der Konflikte in der EU deutlich verschieben.

Somit hat es die Parteiensystemforschung mit einem Gegenstand zu tun, dem für die Konsolidierung der Demokratie eine außerordentlich wichtige Bedeutung zuerkannt wird. Allerdings ist eine systematische und empirisch fundierte Antwort darauf, inwieweit die osteuropäischen Parteien(systeme) die genannten Funktionserfordernisse erfüllt haben, höchst komplex und methodisch anspruchsvoll. Hier wird zuerst der Versuch unternommen, die Parteien, die aus Sicht dieser Arbeit entscheidend für die Politisierung von Interessen und die Orientierung von Interessen auf Spannungslinien sind, anhand der Parteiparadigmen zu untersuchen. Die Parteien werden in unterschiedliche Variablenkonstellationen eingebunden und es werden ihnen verschiedenartige Funktionen zugewiesen. Daraus lassen sich jeweils bestimmte, verallgemeinernde Schlussfolgerungen bezüglich der Fragestellung der Arbeit ziehen. Angesichts des skizzierten Befundes liegt die Frage nahe, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen es überhaupt zur Herausbildung solcher Parteiensysteme in Osteuropa bzw. Polen, wie sie von Konsolidierungstheoretikern idealtypisch konstruiert werden, gekommen ist. Dazu ist wiederum zu klären, inwiefern sich die postsozialistischen Parteienlandschaften mit den Konzepten der komparativen Parteiensystemforschung erfassen lassen. Ähnliche Überlegungen müssen angestellt werden, wenn nach der Leistungsfähigkeit derjenigen theoretischen Ansätze gefragt wird, die sich mit den Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der osteuropäischen Parteiensysteme beschäftigen haben. Im Zentrum der folgenden Analyse steht die Frage, inwiefern Konzepte und Theorieelemente der vergleichenden Forschung zu Parteiensystemen im Osteuropa-Kontext fruchtbar gemacht werden können. Gleichsam als Resümee dieser Überlegungen wird dann der historisch-empirische Ansatz der vorliegenden Studie präsentiert.

1.1. Politische Parteien

Moderne Demokratien sind heutzutage ohne politische Parteien nicht denkbar. Ohne sie kann Politik in hochdifferenzierten Gesellschaften nicht effektiv gestaltet werden. Diese Behauptung Schattschneiders (1942: 1) bezog sich zwar auf die westeuropäischen Parteien, kann aber auf die politischen Parteien in den neuen Demokratien ausgedehnt werden. Denn sie besaßen und besitzen einen sehr großen Einfluss auf das politische Geschehen. Die politologischen Lehrbücher betrachten Parteien nach wie vor als die klassischen Vermittlungsinstanzen zwischen Gesellschaft und Staat und schreiben ihnen eine führende Rolle im Willensbildungsprozess und bei der Elitenrekrutierung zu. Aber Parteien sind auch in sämtlichen Schnittstellen des politischen Systems anzutreffen. Sie wirken im Parlament, in der Regierung, auf der lokalen und regionalen Ebene bis hin in die politikfernen Bereiche der Verwaltung, Rechtsprechung und öffentlichen Wirtschaft (Lenk 1999: 345). Die politikwissenschaftliche Antwort auf diese Ubiquität bestand in der Aufstellung immer ausgedehnterer Definitions- und Funktionskataloge, entlang derer die Parteienanalyse betrieben wurde. Bevor sich mit dieser Materie auseinander gesetzt wird, ist es daher wichtig, wenigstens einen Teil davon vorzustellen.

1.1.1. Parteiparadigma

Die Literatur über politische Parteien ist kaum mehr zu überblicken. Dennoch ist der Stand von Forschung und Theorie weitgehend unbefriedigend und teilweise widersprüchlich, was mitunter damit zusammenhängt, dass darüber, was Parteien sind und sein sollen, alles andere als Einigkeit besteht. Wiesendahl (1980) hat eine Vielzahl von theoretischen Arbeiten über politische Parteien auf erkenntnisleitende Imperative paradigmatischen Denkens untersucht und drei Paradigmen herausgearbeitet. Er benennt das Integrationsparadigma, das Konkurrenzparadigma und das Transmissionsparadigma als die drei Forschungstraditionen, die die politischen Parteien jeweils in unterschiedliche Variablenkonstellationen einbinden und ihnen verschiedenartige Funktionen zuweisen. Jedes dieser drei Paradigmen lässt sich auf spezifische, normative Vorstellungen von Demokratie zurückführen.

A. Das Integrationsparadigma

Ausgangspunkt des Integrationsparadigmas ist entweder ein an Konsenssicherung und Konfliktvermeidung orientiertes Zielmodell stabiler Demokratie oder ein systemtheoretisch argumentierendes Systemüberlebensmodell von Demokratie, das seine Problemperspektive auf die funktionalen Erfordernisse der Bestands- und Funktionssicherung richtet (Wiesendahl 1980: 109). Die politischen Parteien werden als Bindeglied zwischen dem politisch-administrativen System und der gesellschaftlichen Umwelt konzeptualisiert: Auf der einen Seite regulieren die Parteien Konflikte, filtern und bündeln die Forderungen der Bürger an das System und präsentieren sie in systemfunktionaler Form. Auf der anderen Seite vermitteln sie bindende politische Entscheidungen und stellen durch Mobilisierung und Sicherung von Massentrückhalt Systemanerkennung und Systemunterstützung sicher. Die Parteien sind zuständig für Stabilität und Persistenz des politischen und gesellschaftlichen Systems und dienen der Erhaltung der bestehenden demokratischen Ordnung (Wiesendahl 1980: 146/147).

B. Das Konkurrenzparadigma

Das Konkurrenzparadigma, das vor allem von den Anhängern der ökonomischen Theorie der Politik vertreten wird (Schumpeter 1950, Downs 1968), unterstellt der Demokratie ein Marktmodell und basiert auf der Vorstellung von einer demokratischen Eliteherrschaft. Nicht Parteien als Ganzes, sondern utilitaristisch gesonnene, machtambitionierte Parteieliten stehen in Konkurrenz um einen größtmöglichen Marktanteil auf dem Stimmenmarkt. In den Händen einer flexiblen Parteielite bietet die Partei gegen Geld oder Stimmen die Vertretung von Interessen an (Wiesendahl 1980: 147). Der

Marktmechanismus sorgt dafür, dass jede der kompetitiven Parteien ein derart kundenfreundliches Produktangebot offeriert, dass Marktharmonie, kollektives Glück und allgemeine Wohlfahrt erzielt werden. Ausschlaggebend dafür, wessen Interessen die Parteien vertreten, sind marktstrategische Überlegungen. Der Erhalt der demokratischen Ordnung ist aus dieser Perspektive nicht Ziel an sich, sondern lediglich ein Mittel zur Sicherstellung der unternehmerischen Gewinnmaximierung.

C. Das Transmissionsparadigma

Nach den Vorstellungen der Anhänger des Transmissionsparadigmas, das seine normative Orientierung im basisdemokratischen Leitbild politischer Willensbildung findet, artikuliert die Partei die Bedürfnisse und Wünsche einer Gruppe von Bürgern und bringt sie unverfälscht in den politischen Entscheidungsprozess ein. Politische Institutionen und Prozesse haben dabei keine autonome Handlungs- und Entscheidungslegitimität, sondern sind strikt den Wünschen eines genuin souveränen Volkes oder dem Willen einer Klassenmehrheit unterworfen (Wiesendahl 1980: 148).

Der Begriff der "politischen Partei" ist also eng mit dem Begriff der "Demokratie" verknüpft. Normative demokratietheoretische Vorstellungen schlagen sich in den theoretischen Ansätzen über Parteien nieder. Dies impliziert, dass es nicht zwangsläufig eine einzige richtige, sondern je nach normativem Standpunkt unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, was Parteien sind oder sein sollten bzw. tun oder zu tun haben. Daher ist es für die weitere Analyse wichtig zu bestimmen, ab wann genau man von „Partei“ sprechen kann. Das wiederum hängt davon ab, was man unter diesem Begriff versteht und welche Bestimmungselemente von Partei relevant sind.

1.1.2. Parteidefinition

Zahlreich sind auch die Definitionen, mit denen versucht wurde, das Wesentliche der politischen Parteien zu erfassen. Je nach theoretischer Herkunft und Erkenntnisinteresse werden dabei unterschiedliche Ansprüche an die Organisationsform, die Aktivitäten und die intendierten Ziele formuliert. Gruner geht beispielsweise von der Vorstellung aus, dass Parteien in erster Linie programmbestimmte Mitgliedschaftsorganisationen sind, die mit der Partizipation von aktiven Bürgern die Vertretung und Durchsetzung der kollektiven Interessen ihrer Anhänger suchen:

(...) politische Organisationen, die Anhänger mit ähnlicher Gesinnung oder ähnlichen Interessen in ihren Reihen sammeln, um auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluss zu nehmen, sei's bei Wahlen, sei's bei Abstimmungen, sei's in der Mitwirkung bei der Meinungsbildung (Gruner 1977: 12).

Damit vertritt Gruner einen transmissionsparadigmatischen Bestimmungsansatz. Im Gegensatz dazu sind bei den Bestimmungsversuchen aus integrationsparadigmatischer Sicht die Parteien nicht in erster Linie dazu da, Interessen zu realisieren. Sie dienen der Integration unterschiedlicher Interessen, indem sie Konflikte absorbieren, regulieren und helfen, optimale Lösungen für anstehende Probleme zu finden, um den Fortbestand des Systems zu garantieren. Ihre Bestrebungen orientieren sich primär am Gemeinwohl und nicht an den Machtbedürfnissen ihrer Anhänger. In dieser Gemeinwohlorientierung liegt auch ihre Legitimation begründet. Ein Beispiel für eine Definition aus dieser Perspektive wäre etwa Burkes oft zitierte Aussage:

A party is a body of men united, for promoting by their joint endeavours the national interest, upon some particular principle in which they are all agreed (Burke zit. nach Sartori 1976: 9).

Die konkurrenzparadigmatische Sichtweise verzichtet demgegenüber darauf, das Streben der Parteien durch ein wie auch immer definiertes Gemeinwohl zu legitimieren. Sie versteht allerdings Parteien auch nicht als Gruppierungen, denen es darum geht, die Interessen eines bestimmten Teils der Bevölkerung möglichst effektiv zu vertreten. Innerhalb dieses Paradigmas sind Parteien lediglich eine Gruppe von machtambitionierten Personen, die durch Stimmenwerbung und das Makeln von Interessen nach persönlichem und eigennützigem Machterwerb streben (Wiesendahl 1980: 184). Als Nebenprodukt der Bestrebungen der Parteieliten wird allenfalls ein bestmöglicher Wohlstand erreicht. Die prominenteste Parteidefinition, die dieses Machtstreben beinhaltet, ist diejenige von Max Weber:

Parteien sollen heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideale oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden (Weber 1972: 167).

Im Lichte des polnischen Rechts besitzt eine politische Partei folgende konstitutive Merkmale:

- Sie ist eine gesellschaftliche Organisation, die sich am öffentlichen Leben im Rahmen der Verfassungsordnung beteiligt, insbesondere durch die Ausübung der Staatsmacht und Beeinflussung der Staatspolitik.
- Die Mitgliedschaft in der Partei ist freiwillig und beruht auf dem Prinzip der Gleichheit, wobei nur polnische Staatsbürger der Partei angehören dürfen.⁶

Das Ziel der Partei ist im polnischen Parteiengesetz bestimmt: die Teilnahme am öffentlichen Leben. Das Gesetz spricht neben der Beeinflussung der Staatspolitik auch direkt über die Ausübung der staatlichen Macht. Die Parteien streben nach der Verwirklichung ihrer Ziele mittels der Machtausübung bzw. – wenn sie in der Opposition sind – durch die parlamentarische oder außerparlamentarische, politische Kontrolle und Korrektur der Machtinhaber. Diese direkte Beziehung zur Staatsmacht ist das, was eine Partei von anderen gesellschaftlichen Organisationen unterscheidet.

⁶ Nach der Art.1.1. des Parteiengesetzes v. 27.06.1997 in: Sulowski/Wojtaszczyk (Hg.) 2001: 107.

Den Minimalanspruch zur Bestimmung einer Partei, die Teilnahme an Wahlen, scheinen viele politische Organisationen Polens zu befriedigen. Die Konkurrenzparadigmatische Definition liefert mit ihrer Konzentration auf das Element der Partei als Machterwerbsorganisation eine relativ plausible Erklärung für die polnischen Parteien. Für die Analyse der Konfliktstrukturen des polnischen Parteiensystems erscheint sie jedoch als nicht ausreichend. Deswegen wird zwar in dieser Arbeit die politische Tätigkeit und Beteiligung an Wahlen mit dem Ziel der Kontrolle oder des Einflusses auf die Regierung (Macht) als Kriterium für eine Partei angesehen. Die Akzente werden jedoch auf die integrationsparadigmatische Definition gelegt, nach der die politischen Parteien als Bindeglied zwischen dem politisch-administrativen System und der gesellschaftlichen Umwelt konzeptualisiert werden, wo sie Konflikte filtern und bündeln, die Forderungen der Bürger an das System präsentieren und sie in systemfunktionaler Form regulieren. Hier ist entscheidend, dass die politischen Eliten entsprechende gesellschaftliche oder soziale Konflikte aufgreifen und in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des politischen Systems parteipolitisch umsetzen. Aus transmissionsparadigmatischer Perspektive dagegen wird es für diese Arbeit wichtig sein, dass den Parteien Funktionen wie Willensbildung, Mobilisierung, Organisation und die Vertretung von Interessen zugeschrieben sind. Parteien mobilisieren, politisieren, und - wenn die Grundannahme dieser Studie stimmt – dann politisieren Parteien nicht nur politische Streitfragen, sondern versuchen, diese auch in der Sozialstruktur zu verankern.

Die Liste der Funktions- und Strukturmerkmale der Partei soll von daher außer dem Machterwerbscharakter, der genau genommen Wahlteilnahme und Kandidatenaufstellung bedeutet, weitere Merkmale, wie die intermediäre Funktion zwischen Politik und Gesellschaft sowie Konfliktkatalyse umfassen. Zur Operationalisierung werden folgende drei Funktions- und Strukturmerkmale für erforderlich gehalten:

1. Ein stabiles Organisationsgefüge zwischen Parteiführern, Funktionären und Basisanhängern, das sich relativ unabhängig von personellen Veränderungen regeneriert.
2. Ein programmatisches Profil als Orientierungs-, Identifikations- und Kommunikationsmittel und objektiv identifizierbares Abgrenzungselement.
3. Die Gestaltung von Politik im Staatsgebiet durch die Parlamentstätigkeit zum Zweck der Interessenvertretung.

In dieser Arbeit werden gleichzeitig mehrere Begriffe für das Phänomen Partei benutzt. Bezeichnungen wie „politische Gruppierungen“, „politische Kräfte“, „Akteure auf der politischen Bühne“ usw. resultieren nicht aus der Abneigung des Autors dem Partei-Begriff gegenüber. Der Begriff „Partei“ wird jedoch von den Polen noch bis heute eindeutig mit der PZPR und damit mit der kommunistischen Herrschaft assoziiert. Deshalb vermeiden viele Parteien die Selbstbezeichnung als Partei. Vermehrt trifft man auf Begriffe wie Aktion, Block, Bewegung, Union, Vereinigung, Kongress oder andere. Viele der Parteien im Sinne des Gesetzes sind zudem keine politischen Parteien (z.B. üben sie nur eine karitative, publizistische oder Beratungstätigkeit aus). Etliche registrierte Parteien sind nach ihrer Gründung nicht aktiv geworden - sie existieren nur im Register. Dagegen gibt es Organisationen, die zwar keine Parteien sind, aber für Parteien typische politische Funktionen übernehmen. Gewerkschaften oder speziell für die Wahlen gegründete Vereinigungen beteiligen sich

stark am politischen Leben und spielen dabei oft eine sehr wichtige Rolle (z.B. die *NSZZ Solidarność*, *Samoobrona*, *OPZZ*). Daher werden auch sie in der Analyse berücksichtigt.

1.1.3. Parteienfunktionen

Die Leistungen, die die politischen Parteien in der Gesellschaft erbringen bzw. die Aufgaben, die sie im politisch-administrativen System erfüllen, werden im Allgemeinen als Funktionen bezeichnet. Parteien können innerhalb eines Parteiensystems, innerhalb des politisch-administrativen Systems oder in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf ihre Funktionen hin untersucht werden. Dabei können Parteien als abstraktes Gebilde, als Organisation einer politischen Elite oder als Vertreter einer bestimmten Bevölkerungsgruppe Träger dieser Funktionen sein.

Für diese Arbeit wird der empirische Bezug von Parteifunktionen, die als Konsequenzen von faktisch ausgeübten Aktivitäten gedeutet werden, zugrunde gelegt, da dieser seinen Ausgang in tatsächlich durch Beobachtung zugänglicher Wirklichkeit nimmt. Ganz ähnlich wie bei der Definition der politischen Parteien gilt es auch hier, die Funktionszuweisungen auf implizite parteitheoretische und schließlich normative Grundvoraussetzungen zu untersuchen. Dazu eignen sich wiederum die drei idealtypischen Parteiparadigmen von Wiesendahl (1980: 195ff.).

1. Aus integrationsparadigmatischer Perspektive werden als entscheidende Leistungen und Aufgaben der Parteien Alternativenreduktion (Komplexitätsreduktion), Mobilisierung von Unterstützung für das politische System, Prellbock- oder Pufferfunktionen, Integration, Legitimation und Innovation im Dienste der Stabilität genannt. Bezugsrahmen für die politischen Parteien ist dabei das politische System. Partikuläre Interessen gilt es zu integrieren und die Persistenz des Systems gefährdende Konflikte zu verhindern.
2. Aus konkurrenzparadigmatischer Sicht erfüllen die Parteien lediglich die Funktionen des Stimmenerwerbs und des Interessenmakelns. Damit bringen sie einerseits die Parteiliten ihrem Ziel des Machterwerbs näher und ermöglichen andererseits über den Konkurrenzmechanismus eine optimale Versorgung des politischen Gütermarktes (Wiesendahl 1980: 205). Bezugsrahmen für die konkurrenzparadigmatischen Parteifunktionen ist das Parteiensystem.
3. Nach transmissionsparadigmatischer Vorstellung haben die Parteien im Bezugsrahmen des gesellschaftlichen Umfelds in erster Linie die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu vertreten. Die ihnen zugeschriebenen Funktionen sind Willensbildung, Mobilisierung, Organisation und die Vertretung von Interessen (Wiesendahl 1980: 212).

Innerhalb des Transmissionsparadigmas besteht eine Forschungsrichtung, die die politischen Organisationsgebilde der Parteien in den westlich-demokratischen Ländern als kapitalistische Systemerhaltungswerkzeuge zu erkennen glaubt (Wiesendahl 1980: 212). Eine solche Konzeption führt zu gewissen Parallelen mit den Vertretern des Integrationsparadigmas, die ihrerseits die Systemerhaltung als zentrale Funktionsleistung der Parteien hervorheben. Beide Paradigmen

attestieren den Parteien also legitimatorische, integrierende, konfliktdämpfende und konsenssichernde Funktionsleistungen und stellen damit die Parteien als die wichtigsten politischen Akteure dar.

Dies gilt auch für die osteuropabezogene Parteienforschung, die mit einem Gegenstand zu tun hat, dem für die Konsolidierung der Demokratie eine außerordentlich wichtige Bedeutung zuerkannt wird. Allerdings ist eine systematische und empirisch fundierte Antwort darauf, inwieweit die osteuropäischen Parteiensysteme die genannten Funktionserfordernisse erfüllt haben, höchst komplex. Es liegt die Frage nahe, wie es überhaupt zur Herausbildung solcher Parteiensysteme in Osteuropa gekommen ist. Dazu ist wiederum zuerst zu klären, inwiefern sich die postkommunistischen Parteienlandschaften mit den Konzepten erfassen lassen, die die komparative Parteiensystemforschung entwickelt hat. Ähnliche Überlegungen müssen angestellt werden, wenn nach der Leistungsfähigkeit derjenigen theoretischen Ansätze gefragt wird, die sich mit den Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der osteuropäischen Parteiensysteme beschäftigt haben und welche davon für diese Arbeit übernommen werden können.